

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Betriebsleiters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08433
 - 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
'Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)' (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)
Vorlage: V/2009/08518
 - 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage "Gebührensatzung in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)
Vorlage: V/2010/08656
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Brederlow eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau U. Haupt gibt bekannt, dass der auf der Tagesordnung befindliche Änderungsantrag des Stadtelternrates in seiner Fassung von der Fraktion DIE LINKE so übernommen wird.

Frau Brederlow stellt damit die Tagesordnung fest.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift vom 15.01.2010 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Brederlow gibt den Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Ausschusssitzung vom 15.01.2010 bekannt.

Der Ausschuss hat der Vergabe der Ausstattung der Kita Herwegstr. zugestimmt.

zu 5 Bericht des Betriebsleiters

Herr Kreisel berichtet dem Ausschuss über die Eck- und Schwerpunkte zum Qualitätsmanagementsystems des Eigenbetriebes und stellt den „Kita Frühling“ in seinen Anfängen und Auswirkungen vor.

Frau H. Haupt fragt nach der Bewältigung des Problems gute Fachkräfte zu finden.

Frau Brederlow ergänzt den Wunsch, dass das ein Thema für eine der nächsten Ausschusssitzungen wäre.

Herr Kreisel geht auf Thematik ein. Es werden noch Fachkräfte gefunden, jedoch lässt die Qualität und die Grundeinstellung zum Beruf immer mehr zu wünschen übrig. Genauso schwierig gestaltet sich gerade die Gewinnung von Fachkräften mit anderer Muttersprache.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 **Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)** Vorlage: V/2009/08433

Frau Brederlow gibt bekannt, dass diese Vorlage in der letzten Woche durch den Jugendhilfeausschuss abgelehnt wurde. Die Vorlage läuft jetzt auf die anderen Ausschüsse zu.

Herr Zwakhoven gibt die Änderung des § 6 bekannt.

Fortschreibung der Höhe der Benutzungsgebühr

- (1) Zur Festlegung der Höhe der Benutzungsgebühr erfolgt bis zum **30. September** die Ermittlung der tatsächlichen **durchschnittlichen Platzkosten der drei Vorjahre**, je Betreuungsart und Betreuungszeitstufe, **der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft**, durch **die Stadt Halle**. Zusammen mit den festgelegten prozentualen Anteilen ergibt sich daraus eine Gebührentabelle die, **nach Beschluss durch den Stadtrat**, im Amtsblatt veröffentlicht wird. Die neuen Gebührensätze treten jeweils ab dem 01. Januar des folgenden Jahres in Kraft.

- (2) Bis zur erstmaligen Festsetzung der Benutzungsgebühren nach oben genanntem Verfahren, gelten die Benutzungsgebühren entsprechend Anlage 1 der Satzung.

Hintergrund der Änderung ist ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes. Hier wird auch darauf verwiesen, dass eine Gebührentabelle zuzufügen ist und diese kann nur durch den Stadtrat beschlossen werden.

Frau Brock stellt den Änderungsantrag ihrer Fraktion nochmals vor.

1. Zu berücksichtigen sind die Kinder mit Kindergeldberechtigung
2. Grundsätzlich gegen berechnete Dynamisierung
3. Drittelermäßigung ist wieder einzuführen

Sie möchte eine getrennte Abstimmung aller drei Vorschläge.

Frau U. Haupt erklärt zum Änderungsantrag ihrer Fraktion, dass ebenfalls eine Drittelermäßigung eingeführt werden soll. Diese jedoch auf der Grundlage der bestehenden jetzigen Gebühregrundlage erfolgen soll.

Frau H. Haupt fragt nach Gastkindern.

Es konnte festgestellt werden, dass diese immer noch Bestandteil der Satzung sind. Es wird des Weiteren festgehalten, dass 354.000 € Einnahmемinderung durch den Änderungsantrag im EB Kita entstehen und der gleiche Anteil bei den Freien Trägern.

Herr Knöchel fragt an, warum die Berechnung auf Grundlage der jetzigen Satzung vorgenommen wurde.

Stellt fest, dass die Vergleiche des Landesverwaltungsamtes an Hand von Städten passiert sind, die nicht dem KiFöG unterliegen. Er bittet um Städtevergleiche in Sachsen – Anhalt.

Herr Zwakhoven erklärt, dass die Berechnung auf Grundlage der jetzt gültigen Satzung erfolgt, weil somit auch die jetzt gültige Haushaltssituation zum Tragen kommt, d.h. Wirtschaftsplan EB Kita und Haushalt der Stadt Halle.

Herr Kreisel gibt Sorge zum Problem Kindergeldanspruch zur Kenntnis. Es gibt mehrere hundert Kindergeldkassen. Eine exakte Kontrolle wird sehr schwierig werden und führt zu einem höheren Verwaltungs- und Prüfungsaufwand bei Eltern und der Verwaltung. Die derzeit gültige Kappungsgrenze ist mit viel weniger Verwaltungsaufwand zu realisieren. Mit der jetzt gültigen Satzung haben wir gute Erfahrungen gemacht. Es gibt keine anhängigen Klagen und Beschwerden und die Einnahmesituation hat sich verbessert. Es muss aber auch bewusst sein, wenn man dem „System Kita“ Geld entzieht, dann muss der Einnahmeausfall durch die Stadt getragen werden. Es sollte vielmehr auf die Möglichkeit der KJHG Ermäßigung aufmerksam gemacht werden. Viele Eltern stellen erst gar nicht einen Antrag!

Frau Brock betont, dass es nicht zu schaffen ist, alle Meinungen unter einen Hut zu bekommen. Es war klar, dass es noch mal eine neue Satzung geben wird. Das hätte auch eine vorausschauende Finanzierungsplanung erfordert. Das Geld im „Kita Topf“ ist noch nicht verplant.

Frau Wolff möchte ebenfalls eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte in den Anträgen. Sie sieht ebenso das Problem der Kindergeldberechtigung.

Den Kompromiss, die Kinder bis zur 7. Klasse anzuerkennen, kann die Fraktion gut mittragen.

Zur Kappungsgrenze: Warum wird das 4. Kind in die Berechnung einbezogen? Bei der Kappungsgrenze hat das 4. Kind keine Bedeutung mehr.

Herr Knöchel fragt an, ob eine Altersgrenze gebraucht wird? Wenn Kindergeldberechtigung reiche, dann nicht die Altersgrenze bis 18 Jahre?

Führt die Drittelermäßigung wirklich zur gewünschten Entlastung?

Eine Geburtsurkunde würde doch vielleicht als Anspruchsberechtigung ausreichen.

Über die Haushaltsgrundlage kann noch mal diskutiert werden.

Aber über 300.000 € zu kompensieren stellt sich für ihn ebenso als sehr schwierig dar.

Herr Scholtyssek bittet ebenfalls um Vergleiche mit Städten aus Sachsen – Anhalt. Fragt nach der Relevanz des Beschlusses im Betriebsausschuss des EB Kita, wenn Jugendhilfeausschuss abgelehnt hat?

Frau Brederlow verdeutlicht, dass es hier um die wirtschaftliche Sicherheit und damit die Relevanz ausschließlich für den EB Kita geht.

Frau Wolff stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Sie bittet nach langen und sich häufig deckenden Diskussionen um Abstimmung der Vorlagen und Anträge und Beendigung der Rednerliste.

Frau Brederlow bittet um Abstimmung.
Die Abstimmung erfolgt mit 4 Ja Stimmen, 4 Nein Stimmen und 1 Enthaltungen.

Frau Weiß möchte jedoch noch zu bedenken geben, dass sich alle die Frage stellen sollten, ob höhere Verwaltungsaufwände noch zu bewältigen sind.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
4-Nein-Stimmen
1 Enthaltung

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 'Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)' (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)
Vorlage: V/2009/08518**

Siehe 6.1

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte:

<u>Beschlusspunkt 1:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
	1 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	2
Enthaltungen			
<u>Beschlusspunkt 2:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
	4 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	
<u>Beschlusspunkt 3:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
	1 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	1 Enthaltung
<u>Abstimmungsergebnis insgesamt:</u>		mehrheitlich abgelehnt	

**zu 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur Beschlussvorlage
"Gebührensatzung in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle
(Saale)" (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)
Vorlage: V/2010/08656**

Siehe 6.1

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte:

<u>Beschlusspunkt 1:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
	3 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	
<u>Beschlusspunkt 2:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
Enthaltung	2 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	1
<u>Beschlusspunkt 3:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
	2 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	1
	Enthaltung		
<u>Beschlusspunkt 4:</u>	mehrheitlich abgelehnt		
	2 Ja-Stimmen	5 Nein-Stimmen	1 Enthaltung
<u>Abstimmungsergebnis insgesamt:</u>	mehrheitlich abgelehnt		

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Die Anfrage von Herrn Knöchel wird in der nächsten Ausschusssitzung beantwortet.

zu 9 **Mitteilungen**

Keine

zu 10 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Brock fragt, nach welchen Kriterien die Mittel im Hinblick auf das Krippenausbauprogramm verteilt werden und wer entschieden hat?

Frau Brederlow wird dazu im nächsten Jugendhilfeausschuss berichten.

Frau Wolff fragt nach der geplanten bilingualen Kita der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft.

Herr Kreisel kann nur insoweit etwas sagen, dass hier Bauanträge gestellt wurden. Für unsere geplante Herwegstr. sieht der Stand so aus, dass wir aller Wahrscheinlichkeit im Juli öffnen können.

Mit dieser Kita haben wir auch den Forderungen der Wirtschaftsförderung Rechnung getragen, dass der Bedarf einer bilingualen Kita gegeben ist.

Die Fachkräftegewinnung gestaltet sich jedoch nicht leicht. Hier brauchen wir alle Entscheidungsträger in einem Boot. (Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitserlaubnis, Anerkennung der Berufsabschlüsse). Gerade bei den Abschlüssen brauchen wir sehr viel Flexibilität.

zu 11 **Anregungen**

Frau Brock möchte betonen, dass sie niemandem etwas wegnehmen möchte und ihre Meinungs- und Standpunktäußerungen nicht zu diesem Ergebnis führen sollen.

Hier fühlt sie sich häufig missverstanden.

Es soll auf keinen Fall dieser Eindruck entstehen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.03.10

Katharina Brederlow
Amtsleiterin Jugendamt

Katrin Lademann
Protokollführerin